

BSU



Archiv der Zentralstelle

MfS - BdL | Dok.

Nr. 004806

1. Ex.

10.9.76 JK

1102042

HVHA

VVS/E/6/76 del

Ministerrat
der Deutschen Demokratischen Republik
Ministerium für Staatssicherheit
Der Minister

Berlin, den 15. 12.

Vertrauliche Verschwiegenheit

MFS 008 Nr. 1/75

17. Ausf. 2. Blatt

BStU
000001

Befehl Nr. 1/75

zur Vorbeugung, Aufklärung und Verhinderung des ungesetzlichen
Verlassens der DDR und Bekämpfung des staatsfeindlichen Men-
schenhandels

Der Gegner versucht in zunehmendem Maße, durch eine breit ange-
legte politisch-ideologische Divergenz- und Kontaktpolitik/Kon-
takttätigkeit als Elemente seiner psychologischen Kriegsfüh-
rung Einfluß auf Bürger der DDR zu gewinnen, sie im Sinne der
bürgerlichen Ideologie zu manipulieren und unter anderem bei
ihnen den Entschluß zum Verlassen der DDR zu wecken.

Im Rahmen der gegen den Kapitalismus gerichteten subversiven
Tätigkeit ist die Organisation des ungesetzlichen Verlassens
der DDR und des staatsfeindlichen Menschenhandels eine Haupt-
richtung des feindlichen Vorgehens.

Entspannungsfreundliche Kreise der BRD, anderer nichtsozialisti-
scher Staaten und Westberlins unternehmen verstärkte Anstren-
gungen, Bürger der DDR abzuwerben, zum ungesetzlichen Verlassen
der DDR zu verleiten und auszuschleusen.

Dabei verwenden sie vielfältige Mittel und Methoden, um Bürger
der DDR durch verlockende Angebote und Versprechungen irrezu-
zuführen, die zum ungesetzlichen Verlassen bereiten Personen zum
Verlassen an der DDR zu bewegen und für Spionage sowie andere sub-
versive Zwecke zu mißbrauchen.

BSU

000002

- 2 -

In den Aufnahmelagern, Befragungs- und Sichtungsstellen, speziellen Einrichtungen des Staates und der Wirtschaft und durch die Geheimdienste in der BRD und Westberlin werden sie

durch vielfältigen psychischen, materiellen und finanziellen Druck zum Verrat erpreßt,

über Kenntnisse zu Personen, Sachverhalten und Objekten systematisch abgeschöpft,

dazu mißbraucht, weitere zur Ausschleusung sowie als feindliche Stützpunkte geeignete Personen in der DDR zu benennen bzw. zuzuführen

und so in die zielgerichtete und verstärkte Fortführung der subversiven Tätigkeit gegen die DDR und andere sozialistische Staaten sowie in die Pläne der imperialistischen Machtorgane zur Zersetzung der Arbeiterklasse und Abhaltung von ihrem revolutionären Kampf einbezogen.

Der staatsfeindliche Menschenhandel ist gekennzeichnet durch zunehmende Intensität, Skrupellosigkeit und Raffiniertheit und wird unter Anwendung terroristischer, Leben und Gesundheit gefährdender Mittel und Methoden, im Zusammenwirken feindlich-negativer und krimineller Kräfte und verstärkt durch international organisierte kriminelle Menschenhändlerbanden durchgeführt.

Der Gegner verfolgt durch die Abwerbung vor allem von Fachkräften und ihre zielgerichtete Abschöpfung vorrangig das Ziel, die DDR international zu diskreditieren, ihre Wirtschaftskraft zu schwächen, den Prozeß der sozialistischen ökonomischen Inte-

gration zu hemmen und zu stören, Ansatzpunkte für weitere subversive Handlungen zu schaffen sowie gleichzeitig den eigenen Mangel an Spezialisten auf einzelnen Gebieten auszugleichen und damit das kapitalistische Wirtschaftspotential zu stärken.

Durch Auftraggeber und kriminelle Banden wurde der Menschenhandel zum Gegenstand der Spekulation, der finanziellen Bereicherung und des Profitstrebens und ist vor allem auf solche Personen gerichtet, die wegen ihrer beruflichen Ausbildung, speziellen Fähigkeiten oder besonderen Kenntnisse für den Gegner von großer Bedeutung sind.

In verbrecherischer Weise werden alle sich bietenden Ansatzpunkte wie

Kontakte aus den verschiedensten Anlässen zu Bürgern der DDR,

familiäre und andere verwandtschaftliche Beziehungen in die DDR,

noch vorhandene feindlich-negative bzw. politisch schwankende Kräfte sowie

durch leichtfertiges bzw. verantwortungsloses Verhalten hervorgerufene begünstigende Umstände und Bedingungen innerhalb der DDR

zur Organisierung des ungesetzlichen Verlassens der DDR und des staatsfeindlichen Menschenhandels ausgenutzt und dabei völkerrechtliche Regelungen und zwischenstaatliche Vereinbarungen gröblichst verletzt.

BSU

000004

- 4 -

Die permanenten Bestrebungen entspannungsfeindlicher Kräfte in staatlichen Institutionen, Konzernen, gesellschaftlichen Organisationen und Einrichtungen, völkerrechtlich verbindliche Verträge und Vereinbarungen in ihrer Substanz anzugreifen und auszuhöhlen und die geübte Praxis, Verbrechen, wie sie von kriminellen Menschenhändlerbanden und Einzeltätern organisiert werden, zu dulden und zu unterstützen, stellen schwerwiegende Angriffe gegen die Sicherheit und Ordnung der DDR und anderer sozialistischer Staaten dar.

Durch die fortgesetzte Einmischung in die inneren Angelegenheiten und Mißachtung der Unverletzlichkeit der Grenzen sowie territorialen Integrität gefährden sie den Entspannungsprozeß und die Entwicklung normaler friedlicher Beziehungen zwischen den Staaten.

Zur weiteren Qualifizierung der politisch-operativen Arbeit im Kampf gegen diese Hauptrichtung des gegnerischen Vorgehens

b e f e h l e i c h :

1. Die zielgerichtete Vorbeugung, Aufklärung und Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens der DDR und Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschenhandels ist Aufgabe aller Dienstseinheiten des MfS.

1.1. Die Leiter der Dienstseinheiten haben entsprechend der ihnen übertragenen Verantwortung und der politisch-operativen Lage in den Verantwortungsbereichen den konzentrierten Einsatz aller geeigneten Kräfte, Mittel und Methoden, die zielstrebige Ausschöpfung aller politisch-operativen Möglichkeiten des MfS und der Möglichkeiten anderer Schutz- und Sicherheitsorgane, staatlicher und wirtschaftsleitender Organe, Betriebe, Kombinate und Einrichtungen sowie gesellschaftlicher Organisationen und Kräfte in ihren Verantwortungsbereichen zur Lösung folgender grundsätzlicher politisch-operativer Aufgaben zu gewährleisten:

- Organisierung einer wirksamen vorbeugenden politisch-operativen Arbeit zum rechtzeitigen Erkennen politisch negativer und labiler Denk- und Verhaltensweisen, die zur Entwicklung von Absichten zum ungesetzlichen Verlassen der DDR führen können, und zur Aufdeckung, Beseitigung bzw. weitgehenden Einschränkung aller Ansatzpunkte, Ursachen, begünstigenden Umstände und Bedingungen für die Durchführung derartiger Absichten, einschließlich von Lücken in den politisch-operativen Sicherungssystemen, die für die Planung, Vorbereitung und Durchführung des ungesetzlichen Verlassens der DDR sowie von Ausschleusungen bedeutsam sind;
- rechtzeitige Aufklärung aller Pläne, Absichten und Maßnahmen des Gegners, von Veränderungen in den Angriffsrichtungen, in der Anwendung von Mitteln und Methoden, von eingesetzten Kräften, bei Inspiratoren, Organisatoren und Hintermännern sowie von neuen Möglichkeiten, die sich für den Gegner aus Veränderungen der Lage ergeben;

- rechtzeitige Erarbeitung von Hinweisen auf beabsichtigtes, geplantes oder vorbereitetes ungesetzliches Verlassen der DDR, insbesondere mittels Grenzdurchbrüche oder Schleusungen;
- unverzügliche Bearbeitung und Klärung aller Hinweise
 - unter Beachtung möglicher Zusammenhänge zu anderen feindlich-negativen Handlungen - und Durchführung wirksamer Maßnahmen zur Verhinderung von Angriffen gegen die Staatsgrenze der DDR, feindlich-negativen demonstrativen Handlungen und Provokationen, der Abwerbung, Ausschleusung und Einbeziehung von DDR-Bürgern in die Tätigkeit der kriminellen Menschenhändlerbanden oder andere subversive Aktivitäten;
- umfassende Aufklärung aller gelungenen Fälle des ungesetzlichen Verlassens der DDR, der dabei benutzten Wege, angewandten Mittel und Methoden, von Helfern und Stützpunkten sowie der Rückverbindungen in die ehemaligen Arbeits- und Freizeitbereiche und Durchführung wirksamer Maßnahmen zur Verhinderung weiterer Grenzübertritte;
- umfassende Aufklärung der kriminellen Menschenhändlerbanden, der Inspiratoren, Organisatoren und Hintermänner und ihrer Angriffsrichtungen, Pläne, Absichten und Maßnahmen sowie ihrer Mittel und Methoden;
- Erschließung aller Möglichkeiten für die Beweisführung zum Zusammenwirken von staatlichen Institutionen, Geheimdiensten, Konzernen und anderen Einrichtungen oder Organisationen, die gegen den Sozialismus feindlich tätig sind, mit den kriminellen Menschenhändlerbanden und der von ihnen organisierten permanenten Verletzung völ-

kerrechtlicher Verträge und Vereinbarungen, ihres Mißbrauchs und der Versuche dieser feindlichen Kräfte, den Entspannungsprozeß aufzuhalten;

- Schaffung von Möglichkeiten und Voraussetzungen für offensive politische Maßnahmen von Partei und Regierung und für entsprechende politisch-operative Maßnahmen des MfS durch die Informierung der zuständigen Partei- und Staatsorgane im Verantwortungsbereich und Gewährleistung des abgestimmten Zusammenwirkens mit diesen und den wirtschaftsleitenden Organen, Betrieben, Kombinat und Einrichtungen sowie gesellschaftlichen Organisationen und Kräften bei der Vorbeugung, Aufklärung und Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens der DDR.

1.2. Zur Erhöhung der Wirksamkeit der Vorbeugung sind vielfältige Formen der Bewertung und Anerkennung solcher Arbeitsergebnisse zu entwickeln und anzuwenden, wo

durch das frühzeitige Erkennen von Absichten des ungesetzlichen Verlassens der DDR und die Einleitung rechtzeitiger Gegenmaßnahmen die vom Gegner verleiteten Personen von ihrem Vorhaben abgebracht und wieder voll für die sozialistische Gesellschaft zurückgewonnen werden,

beweiskräftige Dokumentationen erarbeitet werden, welche die Grundlage für die Entlarvung des raffinierten Vorgehens des Gegners bilden und in differenzierter Weise in der gezielten Öffentlichkeitsarbeit Anwendung finden können,

ausbaufähige Grundlagen für das Eindringen in die kriminellen Menschenhändlerbanden und die Entlarvung der Inspiratoren, Organisatoren und Hintermänner geschaffen werden.

- 1.3. Zur wirksamen Vorbeugung, Aufklärung und Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens der DDR und des staatsfeindlichen Menschenhandels sind die politisch-operativen Prozesse durch einheitlich geplanten, koordinierten und konzentrierten Einsatz der Kräfte, Mittel und Methoden bei zuverlässiger Wahrung der Konspiration und Geheimhaltung und unter Nutzung aller geeigneten Ansatzpunkte und Möglichkeiten, weiter zu qualifizieren und wirksamer zu gestalten.

Entscheidende Voraussetzung ist die zielgerichtete Erschließung der operativen Basis des MfS in der DDR und im Operationsgebiet durch allseitige Nutzung der Möglichkeiten der IM und GMS sowie deren Verbindungen, das Erkennen und Nutzen aller Ansatzpunkte für die systematische Suche, Auswahl und Gewinnung neuer IM, um in die Zielgruppen des Gegners und die kriminellen Menschenhändlerbanden einzudringen. Damit sind zielgerichtet Informationen über politisch-operativ bedeutsame Personen und Sachverhalte zu erarbeiten und erforderliche Grundlagen für die weitere Qualifizierung der Entwicklung und Bearbeitung Operativer Vorgänge zu schaffen.

Die operativen Mitarbeiter und die Offiziere im besonderen Einsatz sind noch besser zu befähigen, verantwortungsbewußt, umsichtig und unter Einsatz ihrer ganzen Persönlichkeit die ihnen übertragenen politisch-operativen Aufgaben in hoher Qualität und unter Ausnutzung aller ihrer Möglichkeiten wirksam zu lösen.

BSU

000009

- 9 -

VVS MfS 008-1118/75

2. Die Leiter haben die politisch-operative Arbeit ihrer Dienststellen, bei zuverlässiger Gewährleistung der Sicherheit und Ordnung im gesamten Verantwortungsbereich, insbesondere auf die Lösung folgender spezifischer Aufgaben zur Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens der DDR und Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschenhandels zu konzentrieren.

2.1. Bei der verstärkten Sicherung der politisch-operativen Schwerpunktbereiche ist die vorbeugende Arbeit vorrangig auf Personen mit wichtigen Spezialkenntnissen, Geheimnisträger und im Blickpunkt der Öffentlichkeit stehende Personen auszurichten, wie

Angehörige der wissenschaftlichen, wissenschaftlich-technischen und medizinischen Intelligenz,

Fachkräfte aus solchen ökonomischen Bereichen, die für die weitere Vertiefung und Beschleunigung der sozialistischen ökonomischen Integration, die weitere konsequente Durchsetzung des sozial-politischen Programms der SED sowie für die Sicherheit und Verteidigungsbereitschaft der DDR von großer Bedeutung sind,

Mitarbeiter des Außenhandels,

Reisekader und im grenzüberschreitenden Verkehr tätige Personen,

Angehörige und ehemalige Angehörige der bewaffneten Organe,

Personen, deren politisch-operative Sicherung besonders im Interesse der Verhinderung ihrer Ausnutzung zur politischen Diskreditierung der DDR erforderlich ist, wie

- . Kunst- und Kulturschaffende,
- . Sportfunktionäre und Leistungssportler,
- . Mitarbeiter der Volksbildung,

im Zusammenhang mit der Realisierung abgeschlossener Verträge und Vereinbarungen an der Staatsgrenze der DDR zur BRD bzw. zu Westberlin zum Einsatz kommende Kräfte,

Angehörige diplomatischer und anderer Vertretungen der DDR im Ausland.

2.2. Vorrangige Durchführung aller erforderlichen Maßnahmen zur Abwehr der gegen das Gesundheits- und Sozialwesen der DDR gerichteten Angriffe des Gegners, der durch die Abwerbung von Ärzten, von mittlerem medizinischen Personal, von Studenten medizinischer Ausbildungseinrichtungen sowie von medizinischem Hilfs- und Verwaltungspersonal die Arbeitsfähigkeit medizinischer Einrichtungen zu stören und die ärztliche Versorgung und medizinische Betreuung der Patienten zu gefährden versucht.

2.3. Durchführung wirksamer Maßnahmen zur Sicherung der Staatsgrenze durch Gewährleistung einer hohen Sicherheit und Ordnung im Grenzgebiet und im grenznahen Raum zur Verhinderung von

ungesetzlichen Grenzübertritten durch Überwinden der Grenzsicherungsanlagen,

Provokationen, feindlich-negativen demonstrativen und anderen schädigenden Handlungen.

2.4. Verhinderung von Grenzdurchbrüchen unter Anwendung terroristischer Mittel und Methoden, insbesondere von

Schußwaffen, Munition, Sprengmitteln, Narkotika und Giften,

schwerer Technik,

Flugzeugentführungen und gewaltsamen Angriffen auf andere Verkehrsmittel sowie

Geiselnahmen.

Bei der Organisierung der vorbeugenden politisch-operativen Arbeit sind Gewalt- und Rückfalltäter besonders zu beachten.

2.5. Gewährleistung der

wirksamen Organisation und Gestaltung des Kontroll- und Abfertigungsregimes im engen Zusammenwirken mit den Kräften der Zollverwaltung zur Aufklärung und Verhinderung von Personen- und Sachschleusungen im Zusammenhang mit staatsfeindlichem Menschenhandel und ungesetzlichem Verlassen der DDR,

Realisierung der erforderlichen Fahndungsmaßnahmen,

Verhinderung von feindlich-negativen demonstrativen Handlungen und Provokationen

BSU

000012

- 12 -

an den Grenzübergangsstellen.

2.6. Vervollkommnung der operativen Sicherungs-, Kontroll- und Beobachtungssysteme auf und an den Transitwegen zur Aufklärung und Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens der DDR und des staatsfeindlichen Menschenhandels sowie sorgfältige Dokumentierung aller Mißbrauchshandlungen (Artikel 16 des Transitabkommens) entsprechend den geltenden dienstlichen Bestimmungen und Weisungen.

2.7. Durchführung differenzierter Maßnahmen zur Unterbindung politisch-operativ relevanter Kontakte und negativer Einflüsse mit dem Ziel der Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens der DDR, vorwiegend bei Personen, die

einschlägig vorbestraft sind,

keinem geregelten Arbeitsverhältnis nachgehen,

Antrag auf Übersiedlung oder auf Eheschließung mit Personen aus nichtsozialistischen Staaten bzw. Westberlin und anschließender Übersiedlung stellen,

sich mit dem Ziel, Hilfe bei ihrer beabsichtigten Übersiedlung zu erhalten, an die Ständige Vertretung der BRD oder andere Vertretungen nichtsozialistischer Staaten in der DDR wenden,

enge persönliche oder andere Beziehungen zu Personen aus nichtsozialistischen Staaten oder Westberlin unterhalten, welche zur Organisierung des staatsfeindlichen Menschenhandels bzw. des ungesetzlichen

Verlassens der DDR genutzt werden können,

sich in ernsthaften Konfliktsituationen befinden,

zu feindlich-negativen demonstrativen Handlungen neigen.

2.8. Rechtzeitige Aufklärung und Verhinderung aller Versuche der Ausnutzung bzw. des Mißbrauchs

der Privilegien und Immunitäten der Vertretungen und bevorrechteten Personen nichtsozialistischer und anderer politisch-operativ interessierender Staaten in der DDR,

der den in der DDR akkreditierten Publikationsorganen und Korrespondenten gewährten Arbeitsmöglichkeiten,

der Möglichkeiten, die sich aus der Einreise und dem Aufenthalt von Personen, insbesondere aus nichtsozialistischen Staaten und Westberlin, ergeben,

zur Organisierung des ungesetzlichen Verlassens der DDR und des staatsfeindlichen Menschenhandels.

2.9. Qualifizierte Durchsetzung aller gesetzlichen und dienstlichen Bestimmungen zum Antrags- und Genehmigungsverfahren bei Reisen nach nichtsozialistischen Staaten und Westberlin, bei der Bearbeitung von Anträgen auf Eheschließung mit Bürgern nichtsozialistischer Staaten bzw. Personen aus Westberlin, auf Übersiedlung in nichtsozia-

listische Staaten bzw. nach Westberlin sowie auf Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR im operativen Zusammenwirken mit der Deutschen Volkspolizei und den Organen für Innere Angelegenheiten.

2.10. Gewährleistung wirksamer Maßnahmen zur Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens der DDR und des staatsfeindlichen Menschenhandels durch

qualifizierte Vorbereitung, Leitung und Durchführung politisch-operativer Fahndungen des MfS,

Nutzung der Fahndungsmöglichkeiten der DVP,

ständige Kontrolle von Unterschlupf- und Versteckmöglichkeiten sowie der Personenbewegung in den Grenzgebieten, auf und an Transitwegen,

schwerpunktmäßigen Einsatz von IM/GMS und anderen Kräften bei Fahndungsaktionen.

Für die Koordinierung der politisch-operativen Aufgaben und Maßnahmen zur Gewährleistung des planmäßigen, konzentrierten und wirksamen Vorgehens aller operativen Dienst-einheiten bei der Vorbeugung, Aufklärung und Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens der DDR und Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschenhandels unter voller Wahrung ihrer linienspezifischen bzw. territorialen Verantwortlichkeit ist mein 1. Stellvertreter, Genosse Generalleutnant Beater, verantwortlich, der dabei eng mit meinem Stellvertreter, Genossen Generalmajor Mittig, zusammenarbeitet.

BSU

000015

- 5 -

VVS MfS 008-1118/75

Als ständige Arbeitsorgane für die Lösung der Koordinierungsaufgaben sind im MfS die Zentrale Koordinierungsgruppe (ZKG) und in den Bezirksverwaltungen/Verwaltungen Bezirkskoordinierungsgruppen (BKG) zu bilden.

In den Haupt-/selbständigen Abteilungen sind für die Zusammenarbeit mit der ZKG und in den Abteilungen der Bezirksverwaltungen/Verwaltungen für die Zusammenarbeit mit der jeweiligen BKG Richtungsoffiziere einzusetzen.

Die ZKG hat bei der Lösung der nachfolgend gestellten Aufgaben eine enge, effektive und abgestimmte Zusammenarbeit mit den Haupt-/selbständigen Abteilungen über deren Richtungsoffiziere und mit den Bezirksverwaltungen/Verwaltungen über die BKG zu gewährleisten und den hierfür erforderlichen ständigen Informationsfluß zu sichern.

Die Leiter der operativen Dienstseinheiten haben bei der Lösung der in den Abschnitten 1. und 2. gestellten grundsätzlichen und spezifischen Aufgaben die ständige und enge Zusammenarbeit mit der ZKG zu gewährleisten.

3.1. Die ZKG ist verantwortlich für die

- ständige zentrale Analyse der politisch-operativen Lage, die Gewährleistung der aktuellen Gesamtübersicht und die Herausarbeitung der politisch-operativen Schwerpunkte;
- gründliche Vorbereitung notwendiger Führungsentscheidungen und zentraler Orientierungen zur

Erweiterung und ständigen Verbesserung der vorbeugenden Arbeit, um durch die Aufdeckung und Beseitigung begünstigender Umstände und Bedingungen die Möglichkeiten des Wirkens feindlicher Zentren und der kriminellen Menschenhändlerbanden immer weiter einzuengen,

Gewährleistung des zielgerichteten Einsatzes der IM und GMS,

konsequenter und umfassender Aufklärung und Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens der DDR,

offensiven Bekämpfung der kriminellen Menschenhändlerbanden, ihrer Helfer und Stützpunkte in der DDR sowie der feindlichen Zentren im Operationsgebiet;

- ständige und sorgfältige Verallgemeinerung aller in der politisch-operativen Arbeit und durch die Forschung gewonnenen Erfahrungen und Erkenntnisse mit dem Ziel der weiteren Qualifizierung der operativen Prozesse;
- Informierung der operativen Dienstseinheiten über neue politisch-operative Erkenntnisse, insbesondere über Veränderungen in den Angriffsrichtungen, in der Anwendung von Mitteln und Methoden und eingesetzten feindlichen Kräften unter Wahrung der Konspiration und Geheimhaltung sowie die Orientierung und Instruierung der operativen Dienstseinheiten bei voller Wahrung, Durchsetzung und weiteren Stärkung ihrer Eigenverantwortung;
- Nutzung aller Möglichkeiten zur Qualifizierung der vor-

BSU

000017

--177--

VVS MfS 008-1118/75

beugenden politisch-operativen Arbeit zur Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens der DDR und des staatsfeindlichen Menschenhandels durch

Anwendung bewährter und neuer Mittel und Methoden in der politisch-operativen Arbeit aller operativen Dienstseinheiten des MfS,

organisiertes Zusammenwirken mit anderen Schutz- und Sicherheitsorganen, den staatlichen und wirtschaftsleitenden Organen, Betrieben, Kombinat und Einrichtungen sowie gesellschaftlichen Organisationen und Kräften durch die zuständigen Dienstseinheiten des MfS und verstärkte operative Einflußnahme auf die volle Wahrnehmung der Eigenverantwortung für die vorbeugende Tätigkeit und die Beseitigung begünstigender Umstände und Bedingungen durch diese;

- Entwicklung und Weiterführung zweckmäßiger Formen des gemeinsamen Vorgehens und der gegenseitigen Unterstützung der operativen Dienstseinheiten beim Einsatz der Kräfte, Mittel und Methoden in der DDR und bei Maßnahmen im Operationsgebiet;
- Ausschöpfung und konzentrierten Einsatz aller geeigneten Kräfte, Mittel und Methoden sowie allseitige Nutzung der Möglichkeiten zur Aufklärung

unbekannter Wege und Methoden des ungesetzlichen Verlassens der DDR und des staatsfeindlichen Menschenhandels,

der Auftraggeber, Werber, Helfer, Kuriere und Stützpunkte der kriminellen Menschenhändlerbanden,

der Rückverbindungen in die DDR, einschließlich der Rückverbindungen solcher Personen, deren Antrag auf Übersiedlung in nichtsozialistische Staaten bzw. nach Westberlin stattgegeben wurde,

um noch vorhandene Lücken in den politisch-operativen Sicherungssystemen zu erkennen und zu schließen sowie die Angriffe des Gegners rechtzeitig aufzudecken und wirksam zu verhindern;

- Koordinierung des Einsatzes der inoffiziellen Mitarbeiter zur Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschenhandels und zur Bearbeitung bedeutsamer Operativer Vorgänge zum ungesetzlichen Verlassen der DDR;
- Anleitung, Unterstützung und Koordinierung der Bearbeitung aller Operativen Vorgänge zum staatsfeindlichen Menschenhandel und besonders bedeutsamer Operativer Vorgänge zum ungesetzlichen Verlassen der DDR durch die vorgangsführenden Dienstseinheiten.

3.2. Zur Gewährleistung der zentralen operativen Koordinierung des Kampfes gegen die kriminellen Menschenhändlerbanden ist durch die ZKG ein

Zentraler Feindobjektvorgang (ZFOV)

zu führen.

BSU

000019

- 19 -

VVS MfS 008-1118/75

Darin sind alle wesentlichen politisch-operativen Informationen zu erfassen, zu analysieren und auf ihrer Grundlage Konzeptionen zur Bekämpfung und Zerschlagung der kriminellen Menschenhändlerbanden zu erarbeiten. Die einzelnen kriminellen Menschenhändlerbanden sind in

Zentralen Operativen Vorgängen (ZOV)

konzentriert und wirksam auf der Grundlage von Operationsplänen unter Anleitung und Koordinierung sowie mit Unterstützung durch die ZKG jeweils von der Diensteinheit zu bearbeiten, die dafür über die besten politisch-operativen Möglichkeiten und Voraussetzungen verfügt und deshalb damit beauftragt wurde.

Personen, die verdächtig sind, Verbindungen zu bereits erkannten kriminellen Menschenhändlerbanden zu unterhalten, sind durch die operativen Diensteinheiten in ständiger Übereinstimmung mit dem Operationsplan des jeweiligen ZOV in

Teilvorgängen oder Operativen Vorgängen

bzw. wenn kein Zusammenhang mit einer in einem ZOV bearbeiteten kriminellen Menschenhändlerbande nachweisbar ist in

Operativen Vorgängen

zu bearbeiten.

- 3.3. Zur Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschenhandels hat die ZKG darüber hinaus folgende Aufgaben zu realisieren:

Koordinierung von Sofortmaßnahmen bei Feststellung unmittelbar bevorstehender Aktionen krimineller Menschenhändlerbanden;

Gewährleistung der frühzeitigen Zusammenarbeit der operativen Diensteinheiten mit den Diensteinheiten der Linie IX, insbesondere bei der strafrechtlichen und strafprozessualen Einschätzung von Ausgangsmaterialien und anderen Sachverhalten, der Vorbereitung von Festnahmen/Verhaftungen, Maßnahmen der Beweisführung, Fragen der Herauslösung von IM im Zusammenhang mit der Einleitung von Ermittlungsverfahren sowie bei der Umerziehung und Wiedereingliederung straffällig gewordener Bürger;

Koordinierung des Vorgehens der operativen Diensteinheiten beim operativen Zusammenwirken mit anderen Schutz- und Sicherheitsorganen;

Durchführung eigener politisch-operativer Maßnahmen zur Bekämpfung der kriminellen Menschenhändlerbanden, wie Führung wichtiger eigener IM, Vorgangsbearbeitung, Vorbereitung und Durchführung operativer Kombinationen und Spiele, Teilnahme an Treffs und andere.

- 3.4. Zur Bekämpfung der kriminellen Menschenhändlerbanden sind im Operationsgebiet klug durchdachte und abgestimmte Maßnahmen unter strengster Wahrung der Konspiration und Geheimhaltung mit dem Ziel durchzusetzen, deren Wirkungsmöglichkeiten systematisch einzuengen, sie zu verunsichern, zu desinformieren und zu zersetzen, sie in Widersprüche untereinander, zu ihren Auftraggebern und ihrer Umwelt zu bringen, ihnen damit die Fortsetzung ihrer verbrecherischen Tätigkeit zunehmend zu erschweren und sie letztendlich zu zerschlagen.

BSU

000021

- 21 -

VVS MfS 008-1118/75

Entsprechende detaillierte Maßnahmen sind in streng geheimzuhaltenden Operationsplänen festzulegen. Ebenso ist bei der Rückgewinnung irregeführter Personen, die ausgeschleust wurden bzw. anderweitig die DDR ungesetzlich verlassen haben, zu verfahren.

In Zusammenarbeit mit den zuständigen Diensteinheiten und im Zusammenwirken mit den entsprechenden staatlichen Organen hat die ZKG offensive politisch-operative Maßnahmen und Aktionen offiziellen Charakters gegen die

staatlichen Organe der BRD, anderer nichtsozialistischer Staaten sowie Behörden Westberlins, die den staatsfeindlichen Menschenhandel dulden und fördern,

kriminellen Menschenhändlerbanden, deren Inspiratoren, Organisatoren, Hintermänner und Verbindungen,

vorzubereiten, und diese sind nach erfolgter Abstimmung zwischen meinen zuständigen Stellvertretern und meiner Bestätigung durchzuführen.

Dazu gehören insbesondere

geeignete Publikationen in der DDR und in anderen sozialistischen Staaten;

Lancierung entlarvender oder kompromittierender Informationen und Materialien ins Operationsgebiet;

diplomatische Aktivitäten;

Maßnahmen unter Ausnutzung von Rechtshilfemöglichkeiten der zuständigen Justizorgane der DDR;

Vorbereitung von Materialien, Dokumentationen und Protesten für die Transitkommission gemäß Artikel 19 des Transitabkommens sowie für die Gespräche der Beauftragten gemäß Artikel 8 der Vereinbarung über den Reise- und Besucherverkehr in Zusammenarbeit mit den zuständigen Dienststeinheiten und deren Übergabe an die ZAIG.

4. Die Leiter der Bezirksverwaltungen/Verwaltungen haben die konkrete Aufgabenstellung für die BKG analog der Aufgabenstellung für die ZKG festzulegen.

Die Bezirkskoordinierungsgruppen (BKG) sind ständige strukturelle Arbeitsorgane der Leiter der Bezirksverwaltungen/Verwaltungen, ihnen unmittelbar zu unterstellen und von ihnen anzuleiten und zu kontrollieren.

Die Leiter der Bezirksverwaltungen/Verwaltungen haben die Struktur der BKG entsprechend der politisch-operativen Lage im Verantwortungsbereich, ihrer eigenen und der ihnen vermittelten Erkenntnisse und Erfahrungen verantwortlich festzulegen und die kadermäßige und materielle Sicherstellung zu gewährleisten.

Die Stellvertreter Operativ haben in enger Zusammenarbeit die Möglichkeiten der BKG für die Qualifizierung der politisch-operativen Arbeit bei der Vorbeugung, Aufklärung und Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens der DDR und Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschenhandels voll auszuschöpfen.

Die BKG haben bei der Lösung der ihnen gestellten Aufgaben eng mit der ZKG, den Stellvertretern Operativ, den Dienststeinheiten der Bezirksverwaltung/Verwaltung sowie mit den BKG der anderen Bezirksverwaltungen/Verwaltungen zusammenzuarbeiten.

Die BKG haben sich insbesondere auf die Lösung folgender Aufgaben zu konzentrieren:

Ständige Analyse der Entwicklung der politisch-operativen Lage, Gewährleistung der aktuellen Gesamtübersicht sowie die Herausarbeitung der politisch-operativen Schwerpunkte;

Gewährleistung der Gesamtübersicht über den Stand der Bearbeitung aller im Verantwortungsbereich der Bezirksverwaltung/Verwaltung vorhandenen Operativen Vorgänge, OPK und operativ bedeutsamer Hinweise zum ungesetzlichen Verlassen der DDR bzw. staatsfeindlichen Menschenhandel sowie der Organisierung einer wirkungsvollen Vergleichs- und Verdichtungsarbeit;

Gewährleistung der Abstimmung aller Aufgaben zur Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschenhandels sowie bedeutsamer, über den Verantwortungsbereich hinausgehender Aufgaben zur Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens der DDR mit der ZKG;

Anleitung und Unterstützung der Dienststeinheiten der Bezirksverwaltungen/Verwaltungen bei der Durchführung politisch-operativer Maßnahmen; Führung und zielgerichteter Einsatz wichtiger eigener, insbe-

sondere überörtlich einsetzbarer IM und eigene Bearbeitung von Operativen Vorgängen;

Verallgemeinerung der in der politisch-operativen Arbeit im Verantwortungsbereich gesammelten Erfahrungen und Erkenntnisse und Aufbereitung der von der ZKG gegebenen Orientierungen und Instruierungen für die Anwendung in der politisch-operativen Arbeit der Abteilungen und Kreisdienststellen/Objektdienststellen der Bezirksverwaltungen/Verwaltungen.

5. Mit den Sicherheitsorganen der befreundeten sozialistischen Staaten, deren Territorien unter Ausnutzung des Reise- und Touristenverkehrs zum ungesetzlichen Verlassen bzw. zur Ausschleusung von Bürgern der DDR und anderer sozialistischer Staaten nach nichtsozialistischen Staaten mißbraucht werden, hat ein enges Zusammenwirken zur gemeinsamen Abwehr dieser Feindangriffe zu erfolgen.

Die Leiter der operativen Diensteinheiten haben nach gründlicher Prüfung der politisch-operativen Erfordernisse Ersuchen

zur Durchführung politisch-operativer Maßnahmen durch die Sicherheitsorgane der befreundeten sozialistischen Staaten,

zur gemeinsamen Durchführung politisch-operativer Maßnahmen,

um Zustimmung dieser Sicherheitsorgane zur Einbeziehung von Bürgern ihrer Staaten in politisch-ope-

BSU

000025

- 25 -

VVS MfS 008-1118/75

operative Maßnahmen bzw. in die inoffizielle und offizielle Zusammenarbeit

über die ZKG, die für die erforderliche Abstimmung mit anderen Dienstseinheiten verantwortlich ist, an die Abteilung X zu richten.

Entsprechende an das MfS gerichtete Ersuchen der Sicherheitsorgane befreundeter sozialistischer Staaten sind durch die Abteilung X der ZKG zu übergeben.

Die Übergabe erarbeiteter politisch-operativer Hinweise zu Personen und Sachverhalten, für deren weitere Auswertung und Bearbeitung die Sicherheitsorgane der befreundeten sozialistischen Staaten zuständig sind, hat über die ZKG an die Abteilung X zu erfolgen.

Ersuchen um Rechtshilfe an die Sicherheitsorgane befreundeter sozialistischer Staaten (Festnahme, Durchsuchung, Vernehmung, Suche und Sicherung anderer strafprozessualer Beweise) sind durch die ZKG rechtzeitig mit der Hauptabteilung IX abzustimmen.

Fahndungersuchen sind nach Abstimmung mit der Hauptabteilung IX über die Fahndungsführungsgruppe einzuleiten und der Abteilung X zu übergeben.

Der Leiter der Hauptabteilung IX hat nach Abstimmung mit der ZKG die erforderlichen Entscheidungen hinsichtlich der Personen zu treffen, die von den Sicherheitsorganen befreundeter sozialistischer Staaten festgenommen und dem MfS übergeben werden.

BSU

000026

- 26 -

6. Auf dem Gebiet der politisch-operativen Auswertungs- und Informationstätigkeit sind insbesondere folgende Aufgaben zu lösen:

6.1. Die Hauptabteilungen/selbständigen Abteilungen und die Bezirksverwaltungen/Verwaltungen haben die politisch-operative Auswertungs- und Informationstätigkeit auf die Lösung der in diesem Befehl genannten politisch-operativen Aufgaben zu konzentrieren.

Die politisch-operative Auswertungs- und Informationstätigkeit hat auf der Grundlage meines Befehls Nr. 299/65 sowie meiner Weisung vom 19.2.75 zum Datenverarbeitungsprojekt "Datenbank ungesetzliche Grenzübertritte" zu erfolgen.

6.2. Die Leiter der operativen Dienstseinheiten haben zu sichern, daß alle zur Vorbeugung, Aufklärung und Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens der DDR und Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschenhandels gewonnenen Informationen zu Personen und Sachverhalten in der operativen Diensteinheit zusammenfließen, für die die betreffenden Personen in der Abteilung XIII aktiv erfaßt bzw. in deren Verantwortungsbereich sie beruflich tätig oder wohnhaft sind.

6.3. Die Leiter der für die operative Bearbeitung zuständigen Dienstseinheiten haben zu sichern, daß alle durch ihre Diensteinheit gewonnenen und von anderen Dienstseinheiten übergebenen Informationen zu Personen und Sachverhalten in den Informationsspeichern anderer Dienstseinheiten und anderer Organe sofort überprüft und verglichen werden.

Unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Überprüfungs- und Vergleichsarbeiten haben die Leiter der operativen Dienstseinheiten über die weitere operative Bearbeitung bzw. Verwertung der betreffenden politisch-operativen Informationen zu entscheiden.

6.4. Die ZKG hat

die Koordinierung bei der ständigen Analyse der politisch-operativen Lage und der Wirksamkeit der politisch-operativen Arbeit durch die Haupt-/selbständigen Abteilungen und die Bezirksverwaltungen/Verwaltungen,

die zentrale Analyse der politisch-operativen Lage und der Wirksamkeit der politisch-operativen Arbeit,

die aktuelle Gesamtübersicht über die Zentralen Operativen Vorgänge, Teilvorgänge, Operativen Vorgänge, eingesetzten IM sowie zu allen Vorkommnissen, Handlungen und Erscheinungen des ungesetzlichen Verlassens der DDR und des staatsfeindlichen Menschenhandels und die Aufbereitung der Ergebnisse der analytischen Tätigkeit über die Entwicklung der politisch-operativen Lage und Wirksamkeit der politisch-operativen Arbeit für zentrale dienstliche Bestimmungen, Weisungen und Orientierungen

zu gewährleisten.

Die Haupt-/selbständigen Abteilungen und Bezirksverwal-

tungen/Verwaltungen haben der ZKG die dafür notwendigen Informationen ständig und aktuell zu übermitteln.

Die ZAIG hat in Zusammenarbeit mit der ZKG die notwendigen Veränderungen und Ergänzungen meines Befehls Nr. 299/65 sowie meiner Weisung vom 19.2.75 zum Datenverarbeitungsprojekt "Datenbank ungesetzliche Grenzübertritte" vorzubereiten.

- 6.5. Zu allen operativ bedeutsamen Informationen über geplante Maßnahmen des Gegners, erkannte feindliche Kräfte, Vorkommnisse, Handlungen und Erscheinungen im Sinne dieses Befehls sowie geplante und eingeleitete Gegenmaßnahmen sind durch die Dienstseinheiten operative Meldungen an die ZKG zu geben. Besonders bedeutsame operative Meldungen sind mir bzw. meinem zuständigen Stellvertreter unabhängig von der Informierung der ZKG direkt zu übermitteln.

Die Hauptabteilung IX hat der ZKG über alle durch das MfS in Bearbeitung genommenen Ermittlungsverfahren und operativ bedeutsamen Bearbeitungsergebnisse zu berichten.

Zur Sicherstellung des ständigen Meldesystems hat die ZKG eng mit dem Zentralen Operativstab zusammenzuarbeiten.

7. Dieser Befehl und die Instruktion zu diesem Befehl sind als einheitliches Grundsatz- und Führungsdokument zur Vorbeugung, Aufklärung und Verhinderung des ungesetzlichen Verlassens der DDR und Bekämpfung des staatsfeindlichen Menschenhandels zu behandeln und durchzusetzen.

Die Leiter haben zu gewährleisten, daß die im Befehl und

BSU

000029

- 29 -

VVS MfS 008-1118/75

in der Instruktion gestellten Aufgaben und gegebenen Orientierungen durch alle nachgeordneten Leiter und Angehörigen des MfS politisch verantwortungsbewußt und schöpferisch umgesetzt und verwirklicht werden.

8. Dieser Befehl tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft.

Gleichzeitig treten außer Kraft:

Befehl Nr. 373/64 vom 6.5.64, VVS MfS 008-205/64;

1. Durchführungsbestimmung zum Befehl
Nr. 373/64 vom 11.5.70, VVS MfS 008-313/70;

Schreiben vom 18.12.73, VVS MfS 008-1132/73.

Die außer Kraft gesetzten dienstlichen Bestimmungen und Weisungen sind bis zum 25. März 1976 an das BdL/Dokumentenverwaltung zurückzusenden.

Außer Kraft treten weiter:

Abschnitt II, Ziffer 1.8., des Befehls
Nr. 10/66 vom 10.5.66, GVS MfS 008-196/66;

Abschnitt I, Ziffer 1.8., und Abschnitt VII der
Durchführungsanweisung Nr. 1 zum Befehl Nr. 10/66
vom 10.5.66, GVS MfS 008-197/66;

Schreiben vom 6.9.74, außer Abschnitt 7.,
GVS MfS 008-541/74.

Mielke
Generaloberst